

Linke „Hammerbande“ endlich vor Gericht: Wann nehmen Behörden und Politik diesen Terror endlich ernst?

Junge Verwirrte aus Jena und Leipzig stehen ab heute im Hochsicherheitstrakt des Oberlandesgerichts Düsseldorf unter Anklage. Vier Frauen und zwei Männer im Alter zwischen 22 bis 24 Jahren, die man als die „Hammerbande“ kennt, ein romantisierende Begriff, der in der linksradikalen Subkultur auf ähnlicher Stufe wie „Robin Hood“ für uns normale Menschen steht.

Das ist völlig unangemessen, denn anders als Robin und seine Kumpane in den grünen Strumpfhosen, die kriminelle Taten verübten (im Roman nur, es gab ihn nicht) , um das arme Volk materiell zu unterstützen, verüben die „Hammer“-Schläger Gewalt, um Gewalt zu verüben.

Nix mit Romantik, es sind Verbrecher, auf dem Absprung in den Terrorismus. „Es darf geschossen werden“ – sie kennen den Satz von Ulrike Meinhof.

Vor Beginn des Prozesses demonstrierten ein paar Dutzend Hanseln aus der antifa-Szene vor dem schwer gesicherten OLG für ihre „kämpfenden Genossen“. Es wäre mal eine wissenschaftliche Untersuchung wert, wie die 100 Demonstranten und die sechs Angeklagten drinnen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ich habe da so eine Ahnung. Sie uns ich – wir alle werden diese >Herrschaften finanzieren. Da würde ich eine Wette drauf abschließen.

Was ist die „Hammerbande“?

Die linken Schläger reisten vom 9. bis 12. Februar 2023 nach Budapest, wo der alljährliche Becsület Napja, der „Tag der Ehre“, stattfand, ein Treffen von Rechtsextremisten und Neonazis aus ganz Europa, die dem Versuch deutscher Wehrmachts- und SS-Verbände, gemeinsam mit ungarischen Kollaborateuren, am 11. Februar 1945 gedenken, aus dem von der Roten Armee belagerten Budapest auszubrechen.

Die deutschen Gewalttäter aus Jena und Leipzig griffen dabei gezielt Personen an, die sie aufgrund ihrer Kleidung dem rechtsextremen Spektrum zuordneten. Ansatzlos, völlig aus dem Nichts, fielen sie über ihre Opfer her und attackierten sie von hinten mit Hämmern, Schlagstöcken und Pfefferspray. Bei insgesamt acht koordinierten Überfällen wurden dabei mindestens neun Personen teils schwer verletzt. Unter den Opfern befanden sich auch völlig Unbeteiligte, die lediglich aufgrund ihrer Kleidung fälschlicherweise für Neonazis gehalten wurden.

Der Generalbundesanwalt stuft die „Antifa-Ost“ als militante, linksextreme Vereinigung ein. Bei den Attacken in der ungarischen Hauptstadt sollen die Angeklagten den Tod ihrer Opfer in Kauf genommen haben, was die Anklage als versuchten Mord einstuft.

Das hatten die reizenden Herrschaften und ihre Anwälte wohl nicht erwartet

Denn nicht einmal die ungarische Justiz ging von einen Tötungsvorsatz aus, wie es in einer Presseerklärung der antifa-Anwälte heißt. Der Generalbundesanwalt aber ignoriere die rechtliche Wertung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof.

Aber, Sie kennen das, es gibt immer auch eine „Vorgeschichte“

Denn die linksradikalen Verbrecher hatten schon im April 2022 in Erfurt eine Verkäuferin angegriffen und zusammengeschlagen, die in einem Laden der Marke „Thor Steinar“ arbeitete. Die Angeklagten schlugen mit Fäusten auf den Kopf und Oberkörper der Frau, eine antifa-Kriminelle schlug die Verkäuferin mit einem Teleskopschlagstock, andere versprühten Buttersäure und Pfefferspray gezielt auf die Verkäuferin. In dem Geschäft entstand bei dem Angriff ein Schaden von mehr als 65.000 Euro.

TheGermanZ berichtete damals umfassend über die Angriffe in Erfurt und anderen Städten Ostdeutschlands. [Hier](#) und [hier](#) und [hier](#)...

+++Ich freue mich auch in 2026 über jede Unterstützung meiner Arbeit+++Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 und PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

Den Angeklagten wird neben versuchtem Mord die Bildung einer kriminellen Vereinigung und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte eine entsprechende Anklage des Generalbundesanwalts mit einigen Änderungen zugelassen. Für Betrugs- und Diebstahlvorwürfe sah das Gericht keine Zuständigkeit. Alle sechs Angeklagten sitzen derzeit in Untersuchungshaft. Als Kopf der Antifa-Ost gilt Johann G., der sich mit weiteren mutmaßlichen Mitgliedern in einem anderen Prozess am Oberlandesgericht Dresden verantworten muss.

Zur „Hammerbande“ gehört übringend auch Maja T., eine „non-binäre Person“, die in Ungarn inhaftiert war und sich über ihre Haftbedingungen dauernd beklagte.

Sie erhielt daraufhin – kein Witz – Besuch von Katrin Göring-Eckardt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (Grüne). Zusammen mit weiteren Grünen-Politikern reiste die nach Budapest, Maja T. zu treffen und ihr bundesweite Beachtung für ihr Gejammer zu verschaffen. Göring-Eckardt prangerte nach dem Besuch angeblich „katastrophale Haftbedingungen“ in Ungarn an und forderte politisches Handeln der Bundesregierung.

Ob sich Frau Göring-Eckardt jemals darüber informiert hat, wie es den Opfern der Hammer-Attacken geht, ist nicht bekannt...

Linke Gewaltverbrecherin ist nicht zufrieden mit ihren Haftbedingungen in Ungarn

In einer Zelle in Budapest sitzt die deutsche Linksterroristin Maha T. eine nonbinäre Person, die vormals unter bürgerlichem Namen Simeon T. lebte und im Dezember 2023 in Berlin festgenommen wurde. Die T. soll im Februar 2023 gemeinsam mit maskierten Schläger-Genossen einen „Gedenkmarsch“ von Neonazis in der ungarischen Hauptstadt angegriffen und die Teilnehmer mit Hämmern, Totschlägern und Schlagstöcken gewaltsam attackiert haben. Dabei wurden einige bewusstlos geschlagen, auf dem Boden liegende Opfer wurde gezielt gegen deren Köpfe getreten.

Doch jetzt bekommt T. Besuch aus der Heimat, die grüne Bundestagsabgeordnete Katrin Göring-Eckardt war gerade da, und ein Reporter des „Spiegel“, der gleich einen Podcast über seine Begegnung mit der doch so bemitleidenswerten Gewalttäterin produzierte. Klar, sagt er, Gewalt sei natürlich grundsätzlich irgendwie nicht in Ordnung, aber Maja T.'s Opfer seien immerhin richtige Hardcore-Neonazis gewesen, und die Haftbedingungen in Ungarn seien viel schlechter als in Deutschland, wo ich mich spontan frage, warum reist man dann nach Ungarn und begeht schwere Gewalttaten dort?

„Auch wenn man die Taten natürlich nicht gutheißen kann“, leitet der „Spiegel“-Mann seine Sätze salbungsvoll ein, um dann die ganze Palette vom angeblich nicht fairen Verfahren, vom rechten Viktor Orban und dem zeitlichen Aufschieben des Verfahrens und vom heldenhaften Hungerstreik Maja T.'s abzuspuhlen.

Aber: Man geht nicht mit dem Hammer auf Menschen los

Auch dann nicht, wenn solche widerwärtige Überzeugungen haben.

+++Klartext hat ihren Preis+++Bitte unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit durch Ihre Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @KelleKlaus+++

„Wir wollen, dass sie ein Verfahren bekommt, das rechtsstaatlich einwandfrei ist“, sagte Göring-Eckardt in einem Video nach dem Besuch im Budapester Knast. Und dass Maja T. nach Deutschland abgeschoben werde.

Rechtsstaatliches Verfahren soll sie bekommen, aber warum denn nicht in Ungarn, wo der Gewaltexzess stattgefunden hat? Ich sehe nicht den geringsten Grund, weshalb die linke Schlägerin eine Vorzugsbehandlung bekommen soll, nur weil sie eine linke Schlägerin ist.

Zur ganzen Geschichte gehört auch, dass Maja T. im Dezember 2023 einen ganz schlechten Tag erwischte hatte

Sie wurde im Juni 2024 von Deutschland nach Ungarn ausgeliefert. Aber: Das Bundesverfassungsgericht hatte das am gleichen Tag untersagt, doch die Kunde aus Karlsruhe kam wenige Minuten zu spät an.

Seitdem wird telefoniert, gibt es Eingaben und wird von der linksradikalen Szene in Deutschland

mobilisiert - bisher ohne Erfolg. Zuletzt lehnte auch ein Gericht in Ungarn einen Antrag auf Überstellung in den Hausarrest ab wegen „erhöhter Fluchtgefahr“ angesichts einer möglichen Höchststrafe von bis zu 24 Jahren Gefängnis.

Zehn Kilo soll die Gefangene inzwischen abgenommen haben und die Unterbringung sei „nicht menschenwürdig“. Ganz ehrlich: mein Mitleid hält sich sehr in Grenzen.